



Landtag Brandenburg  
Herr Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann, MdL  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam

Potsdam, 14. November 2012

**Ihre Mündliche Anfrage im Rahmen der 64. Landtagssitzung  
am 14. November 2012  
Festlegung eines definitiven Ersatzstandortes Welzow vor Genehmigung  
des Braunkohlentagebaus Welzow II**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

leider war aus zeitlichen Gründen die Beantwortung Ihrer o. g. Mündlichen Anfrage im Rahmen der Fragestunde nicht möglich, daher antworte ich Ihnen nunmehr schriftlich wie folgt:

Wie Sie wissen, läuft zurzeit das Braunkohlenplanverfahren Welzow-Süd, TA II. Ziel eines solchen Verfahrens ist u. a. die Festlegung landesplanerischer Ziele und Grundsätze, die die Sozial- und Umweltverträglichkeit eines künftigen Tagebaus sichern sollen. Dabei stehen die absehbaren Auswirkungen auf die potenziell betroffenen Menschen und dabei naturgemäß die unabdingbar notwendigen Umsiedlungen im Focus unseres Verfahrens.

Soweit Umsiedlungen sich als unvermeidbar herausstellen, gilt es, möglichst im Dialog mit den Menschen vor Ort, mit den kommunalen Verantwortungsträgern und auch dem Bergbauunternehmen sozialverträgliche Lösungen zu entwickeln.

Für die Bewohner des Welzower Wohnbereiches V und Teile des Liesker Weges (aktuell ca. 430 Personen) zeichnet sich eine Lösung dergestalt ab, dass die ggf. notwendig werdenden Umsiedlungen in die urbanen Freiräume des Welzower Innenstadtbereiches erfolgen könnten. Diese, ohne Verlust der Heimat zu realisierende Möglichkeit entspricht dem erklärten Willen der Bürgermeisterin sowie der Welzower Stadtverordnetenversammlung und basiert auf dem mit der Bürgerschaft entwickelten Stadtentwicklungskonzept 2030.

Die Landesregierung unterstützt durch eine Koordinierungsgruppe unter Leitung meines Hauses die weitere Entwicklung der Stadt Welzow.

Die Bürgerinnen und Bürger des Wohnbezirkes V und Teile des Liesker Weges haben sich bereits seit geraumer Zeit zu einem Bürgerbeirat zusammengeschlossen und arbeiten konstruktiv an dieser Gesamthematik mit.

Es ist mir ein Anliegen, auch an dieser Stelle deutlich zu machen, dass ich dieses bürgerschaftliche Engagement in besonderer Weise begrüße und anerkenne. Gerade bei solch schwierigen und die Menschen in besonderer Weise belastenden Themen ist es für uns als verfahrensführende Stelle wichtig und hilfreich, dass ein Dialog mit dem Ziel der gemeinsamen Entwicklung sozialverträglicher Lösungen mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich ist.

Die von Ihnen, Herr Abgeordneter Hoffmann, angesprochene erweiterte Standortuntersuchung und -befragung geht zurück auf den erklärten Willen dieses Bürgerbeirates. Die Bürgerinnen und Bürger wollten sich durch diese Studie – abgesehen von dem „gesetzten“ Ansiedlungsstandort „Welzow/Innenstadt“ – einen Eindruck von weiteren möglichen Ansiedlungsstandorten im Umfeld ihres heutigen Lebensmittelpunktes verschaffen.

Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich diese Initiative und das konstruktive Mitwirken des Bürgerbeirates.

Der landesplanerische Umgang mit dem Thema „Umsiedlungen“ bleibt dem weiteren Fortgang des Braunkohlenplanverfahrens Welzow-Süd, TA vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Jörg Vogelsänger